

*Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
werte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
werte Vertreter und Vertreterinnen der lokalen Presse.*

Am Jahresende 2016 blicken wir wieder auf ein ereignisreiches Jahr zurück.

Mit den Worten meiner Kollegen der fwg in Ennigerloh zu sprechen:

„Es sind viele Dinge passiert, die uns tief bewegt und betroffen gemacht haben. Teilweise schien die ganze Welt in Aufruhr zu sein.

Aber auch in unserer kleinen Welt, ..., hat das Jahr 2016 Spuren hinterlassen.

Kleinere und größere Spuren.

Manchmal führten sie in die richtige Richtung, manchmal in die falsche Richtung.“

Die Flüchtlingsthematik hat dazu geführt, dass viele Aufgaben und gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen waren.

Danke Allen, die sich intensiv eingebracht und zur Bewältigung dieser schwierigen Situation beigetragen haben.

Die Sozialausgaben belasten die Öffentlichen Kassen über Gebühr

– ein Weiter So kann und darf es

kurz- mittel- und langfristig nicht geben!

In der Zeitschrift Landkreistag Eildienst 11/2016 ist im Artikel

„Erneuter Anstieg der Sozialausgaben – Kommunen müssen nachhaltig entlastet werden“ auf der Seite 399 wie folgt nachzulesen:

„Eine Kompensation der ständig wachsenden Sozialhilfeausgaben über die Kommunalhaushalte wäre nur durch eine Erhöhung der kommunalen Steuern zu erreichen.“

Dazu kommentiert der Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Klein:

„Dies kann und darf nicht mehr der Weg sein, den wir beschreiten.

Wir brauchen eine nachhaltige Lösung.“

Es wird im Artikel die Frage gestellt, wie die Aufgaben in Zukunft bewältigt werden können;

wie die andauernde Steigerung der Sozialhilfeausgaben gebremst werden kann.

In der Folge wird gefordert, dass es ein flexibles System zwischen Bund, Ländern und Kommunen geben muss.

Die Kostenspirale ist zu durchbrechen und ein verlässliches System zu implementieren, dass Strukturen schafft,

die den Menschen vor Ort eine zukunftssichere Basis bietet;

bedürftige Menschen vor Ort müssen weiterhin Unterstützung erhalten können.

Wie gehen wir in Zukunft mit dem Thema Sozialausgaben um?

Haben wir eine Lösung für diese immense Position in unserem Kreishaushalt?

Gibt es bei uns ein Weiter so?

Oder müssen auch wir nach Lösungsansätzen suchen, die uns befähigen, zukunftssicher und innovativ in das nächste Jahrzehnt zu gelangen? -

Das nächste Jahrzehnt mögen sie jetzt denken?!

Wer denkt denn jetzt schon daran?

Bis dahin ist doch noch so viel Zeit!

Bislang haben wir im Haushaltsplan eine Zielperspektive für die nächsten vier Jahre.

In der Wirtschaft gilt nicht nur der Fünf-Jahresplan, sondern auch die Perspektive 2030 wird immer häufiger anvisiert.

In Kreisbelangen sollten wir ebenfalls zu längerfristigen Betrachtungen kommen und so dazu beitragen,

zukunftsorientiert zu sein und perspektivisch zu agieren;

nicht den Entwicklungen hinterherlaufen und nur reagieren.

Bleiben wir beim Thema Sozialausgaben.

Wie meine Vorredner bereits kommuniziert haben, steigen die Sozialausgaben kontinuierlich.

Zahlen möchte ich an dieser Stelle nicht mehr anbringen.

Bund und Land geben immer mehr Aufträge an die Kommunen ab und bleiben mit dem finanziellen Ausgleich sehr zurückhaltend.

Ein typisches Beispiel ist das Thema Inklusion.

Hier hat das Land NRW die Regelungen für die gemeinsame Beschulung von nicht behinderten und behinderten Kindern festgesetzt, die Kosten für die Helfer, die den Kindern im Unterricht zur Seite gestellt werden, sind von den Kommunen zu tragen.

In diesem Jahr wurden zahlreiche Projekte begonnen und teilweise direkt umgesetzt; angefangen mit den Planungen für die Kreisleitstelle, Straßenbauprojekte, Umzug des Ausländeramtes in das ehemalige Arbeitsamtsgebäude in Ahlen, u.a. ...

Beim laufenden Etat 2016 konnten wir bis vor wenigen Monaten nicht von positiven Entwicklungen ausgehen, jetzt ist jedoch ein sehr guter Jahresabschluss zu erwarten.

Diese Entwicklungen sollten voll umfänglich weitergegeben werden. Aus diesem Grunde haben wir in der Kreisausschusssitzung den Antrag gestellt, den Kreisumlagehebesatz auf 38,8 % festzusetzen.

In diesem Jahr haben wir zugestimmt, dem Pensionsfond 2 Millionen zu zuführen und in der Schuldentilgung 1 Million ein zusetzen.

Unsere Forderung,

1 Million Pensionsfond

1 Million Schuldentilgung

1 Million Entlastung der Kommunen

hätte Bestand gehabt, wenn die Ergebnisse sich weiterhin so schlecht dargestellt hätten wie im Zeitpunkt unserer Antragstellung.

Sollte sich Ende 2017 abzeichnen, dass sich wider Erwarten erneut ein positives Ergebnis abzeichnet, werden wir auch dann wieder für die Entlastung unserer Zahler plädieren – die Städte und Gemeinden im Kreis.

In der Beratungsfolge zu den freiwilligen Leistungen zeigte sich wie der Wahlkampf mittlerweile Einfluss auf die lokalen Entscheidungen nimmt.

Die CDU und FDP-Fraktionen haben in der Diskussionsfolge deutlich gezeigt, was sie unter Klientelpolitik verstehen!

Die Beantragung des Kreissportbundes auf Zuschusserhöhung erfolgte ohne strittige Diskussionen innerhalb aller Fraktionen.

Nicht nachzuvollziehen waren die Diskussionen in Bezug auf den Antrag des Vereins „Frauen helfen Frauen“ zur Bezuschussung einer zusätzlichen Beratungsstelle.

Wer behauptet, dass die zu leistende Arbeit nicht erforderlich ist, geht von irrigen Voraussetzungen aus.

Die FWG-Kreistagsfraktion sieht das Erfordernis dieser Stelle und hat im Rahmen der Beratungen die Anträge der Fraktionen zur vollen Bezuschussung unterstützt.

Erstaunlicherweise zeigte die CDU dann im Kreisausschuss die Bereitschaft, eine halbe Stelle zu fördern

- entspricht für 2017 einen Kreisanteil in Höhe von 3128 Euro
- und 2018 einem Anteil in Höhe von 3809 Euro.

Der emotionale Schaden ist hier erheblich!

Wer vertraut denn nach solch unwürdiger Diskussion noch auf sachliche Gesprächskultur im politischen Raum.

Im Bereich des Stellenplanes wurden in der Phase zwischen Haushaltseinbringung und dem heutigen Tage zahlreiche Diskussionen geführt, sowie Informationen auf unsere Anfragen gegeben.

Grundsätzlich haben wir im Anschluss an die Beratungen signalisiert, dass wir die Anforderungen zum Stellenplan mittragen.

Sehr wohl werden wir auch in der Folge genau hinsehen und zwischenzeitlich nachfragen,

*ob die benannten Erfordernisse so zutreffen,
oder ob eine Veränderung des Stellenplanes in Form einer Reduzierung
oder Umschichtung zum nächsten Haushalt erforderlich ist.*

*Im Finanzausschuss wurde auf unseren Antrag die Anzahl und die Verteilung
der Stellen neben dem Stellenplan dargestellt.*

*Ich gehe davon aus, dass die von uns angefragten Informationen Vielen von
Ihnen nicht geläufig waren
und diese Zahlen in Zukunft genauer zu betrachten sind.*

Ich fasse nochmals kurz zusammen:

*Rechnerisch handelt es sich um 46 Vollzeitstellen,
denen 26,5 nicht besetzte Vollzeitplanstellen gegenüberstehen,
also effektiv 19,5 Stellen zusätzlich zum Stellenplan!*

*Die Erfordernisse wurden im Finanzausschuss detailliert und nachvollziehbar
vorgestellt.*

Trotzdem – 19,5 Vollzeitstellen zusätzlich zu den Planstellen

– entspricht ca. 5 %

– kann man da von Schattenhaushalt sprechen?

*Der Kämmerer kommentierte in seiner Vorlage zum Finanzausschuss,
dass der Kreis Warendorf die Beschäftigten ohne Planstelle weiterhin im Blick
behalten wird*

mit dem Ziel, die Anzahl langfristig nicht zu erhöhen.

*Sollte nicht das Ziel sein, die Zahl der Stellen neben dem Stellenplan
langfristig zu reduzieren?*

Denn genau diese Stellen sind doch eigentlich nur als Ausgleich in Krisenzeiten zu sehen!

Genauer hinsehen werden wir sicherlich im Bereich der „Bauamtes“, für das die zusätzliche Stelle von uns hinterfragt wurde.

Erstaunlich ist, dass der Zielerreichungsgrad für die Genehmigungsverfahren trotz zusätzlicher Stelle nicht steigt

– weiterhin sind 60% angegeben

– für uns nicht nachvollziehbar

– es sei denn, dass die zu erwartende Zielerreichung für 2016

stark nach unten abweicht!

Wohl gemerkt:

60 % Quote der innerhalb von 30 Tagen genehmigten Bauanträge zu

Wohngebäuden und zu gewerblichen Vorhaben,

sowie auch 60 % Quote der innerhalb von 50 Arbeitstagen genehmigten

Bauvorhaben zu landwirtschaftlichen Vorhaben und zu Sonderbauten.

Ein weiterer Bereich, in dem wir in den letzten Wochen,

wie auch in den Vorjahren genau hingesehen haben,

ist der Bereich der kulturellen Aktivitäten des Kreises.

Da die Dividendenausschüttungen der RWE-Aktien auch im Jahr 2017

ausfallen werden, ist der Kreis in der Pflicht,

die Leistungen für die Kultureinrichtungen des Kreises zu erfüllen

- Museum Abtei Liesborn,

- Haus Nottbeck,

- ReLiGio in Telgte und

- die Kreismusikschule.

Besonders betrachtet haben wir die Museen im Süd-Osten des Kreises, die sich sicherlich gegenseitig stützen und ergänzen könnten.

Leider scheinen unsere Vorstellungen des solidarischen Miteinanders nicht kompatibel zu sein.

Wir sehen die Kulturlandschaft des Kreises als wichtig und sinnvoll an.

Trotzdem muss die Frage gestellt werden, ob ein Ranking der einzelnen Einrichtungen der richtige Weg ist, oder ob eine Teambetrachtung mittel- und langfristig zu wesentlichen Erfolgen führen kann.

Mit unserer Forderung, den Ankaufetat für das Museum Abtei Liesborn für zwei Jahre auszusetzen und im Ausgleich dafür das Haus Nottbeck in seiner dringend benötigten Attraktivierung zu stützen, haben wir den Nerv getroffen.

Wir sehen die Notwendigkeit, solidarisch zu agieren und nicht auf lange gehegten Pfründen zu beharren!

Das Thema FMO ist in den Beratungen zum Haushalt 2017 nur kurz angesprochen worden.

Das Entschuldungskonzept scheint sich positiv zu entwickeln.

Betrachten wir es in der Entwicklung weiter mit dem erforderlich skeptischen Blick.

*Im kommenden Jahr wird der neue Geschäftsführer seine Position einnehmen.
Geben wir ihm die Zeit,
sich zunächst mit dem Objekt und seinen Facetten vertraut zu machen.*

*Wir erwarten jedoch spätestens nach der Sommerpause
eine Information zu den Entwicklungsmöglichkeiten
und Marktchancen des Flughafens.*

Wie geht es weiter?!

Auch hier werden wir weiterhin genau hinsehen!

*Es ist nun aber auch an der Zeit, den Blick auf das Jahr 2017 zu richten.
Ein Jahr, das wir noch gestalten können,
ein Jahr, in dem wir die Chance haben, unsere Vorstellungen klarzustellen
und die Menschen bewegen können
aktiv und gestalterisch im Kreis mitzuwirken.*

*Stellen wir uns den Chancen des kommenden Jahres.
Wirken wir gemeinsam den steigenden Kosten entgegen,
fördern wir die Wirtschaftskraft in unserer Region
mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften,
prägen wir die Marke Münsterland mit unseren Kompetenzen.*

*Und nun noch eine kurze Anmerkung zum Thema Umgang mit knappen
Mitteln:*

*Stellen wir uns einmal die Frage,
wie funktioniert Umgang mit nicht verfügbaren Finanzmitteln:*

Dem Privathaushalt sagt die Bank:

Wenn du kein Geld hast,

kannst du auch kein Geld ausgeben.

Wenn du nicht nachweisen kannst,

***dass du bis zum Renteneintritt deine Kredite mit Grundabsicherung
abbezahlen kannst,***

bist du nicht kreditwürdig.

Wenn du deine Raten nicht bedienen kannst,

musst du Insolvenz anmelden.

Was macht dann der Privathaushalt?

***Er untersucht seine Finanzsituation und gleicht ab, wo er Kapazitäten zur
Kompensation findet.***

***Da werden dann auch Einschnitte in Bereichen erforderlich, auf die der
Haushalt nicht gerne verzichten möchte,***

***z. B. Urlaub, Auto, Essen gehen, Kosmetik, Nagelstudio, Medien, Sport,
ja sogar jeder Friseurbesuch wird im Budget genau geplant.***

Diese Mechanismen greifen bei öffentlichen Kassen nicht.

Fordern wir ausgleichende Solidarität,

Dann wird an allen Stellen gesagt:

„Spar woanders, nur nicht bei mir!“

Lassen sie uns auch weiterhin genau hinsehen

und auf Ungleichgewichte hinweisen.

*Wir wollen nicht SPAREN um jeden Preis,
sondern Sparen wo es möglich und sinnvoll ist.*

Tabus darf es nicht geben.

*Wir sind alle in der Pflicht Ideen zu entwickeln und zu kommunizieren,
die eine Optimierung ermöglichen.*

Folgen wir dem Motto von Hartmut Eklöh:

*„Wer aufgehört hat,
besser zu werden,
hat aufgehört gut zu sein.“*

*Danke Allen, die zur Erstellung und Weiterentwicklung des vorgelegten
Entwurfes beigetragen haben.*

*Danke vor allem den Mitarbeitern der Kämmerei,
die sicherlich zahlreiche Stunden in den ausführlichen Plan investiert haben.*

*Trotz vieler Anmerkungen und Fragen wird die FWG-Kreistagsfraktion den
Plan mittragen und der Verabschiedung des Haushaltes am heutigen Tage
zustimmen.*

*Drücken wir alle die Daumen, dass die Entwicklung im kommenden Jahr ein
positives Ergebnis bringen wird.*

*In diesem Sinne Ja zum Haushalt
und ihnen allen eine ruhige Weihnachtszeit, ein gutes Jahr 2017
und
Viel Glück und Gesundheit.*